

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-21 / Geschäftsführer und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprechnummer 17250 / Postfachkonto Dresden Nr. 13553, Emil Sehliger / Geschäftsleitung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Ami Dresden Nr. 17250 / Drahtanschl.: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreigestalteten Textteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Ersetzung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Mittwoch, den 12. Januar 1927

Nummer 9

Bürgerblock-Regierung in Sachsen!

Werttätige, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Gewerbetreibende! Schließt die Reihen zum gemeinsamen Kampfe gegen den Bürgerblock. Erzwingt die Auflösung des Landtages!

Der Wechselbalg des Bürgerblocks

Dresden, 12. Januar 1927.

Nach schweren Wehen wurde gestern in den Abendstunden in einer zweiten Sitzung des Landtages die Regierung des Bürgerblocks gebildet. Die antisozialdemokratischen Genossen trübten das schändliche Werk ihres jahrelangen Arbeiterverrates. Die politische Mißgeburt, deren legale Säuglinge die parlamentarischen Vertreter des industriellen sächsischen Scharfmachertums und ihre getreuen Lakaien sind, trägt den Namen jenes Mannes, der in der Titelfarbe des sächsischen Trauerspiels figurierter, das nunmehr in neuer Aufmachung über die politische Bühne geht. Die Besetzung ist anders geregelt, die Tendenz aber ist dieselbe — nur noch reaktionärer. Die Regie liegt in den Händen der schwarz-weiß-roten Drahtzieher, für die Herr Heldt und Komparten willfährige Marionetten sind.

Die Regierung des Bürgerblocks, die gestern von den antisozialdemokratischen Streichhühnern in den Sattel gehoben wurde, ist das klägliche Ergebnis überlitten parlamentarischen Kuhhandels. Die wochenlange Reise um die sächsische Regierung ist ein Ausdruck der ungeheuren Schwierigkeiten im Lager der Bürgerblöcker, die gestern zwischen den Parteien des Bürgerblocks notdürftig überbrückt worden sind. Wie lange der Ritt halten wird, mit dem das Kabinett Heldt zusammengeleimt wurde, vermag nach niemand zu sagen. Die Schwierigkeiten im Lager der Arbeiterfeinde, die bereits in der Regierungskrise zum Ausdruck kommen, dürften sich bald wieder einstellen. Auch der Versuch, die ergaunerten Mandate der USPS zum Heigenblatt und zur Kulisserie der Regierung des Bürgerblocks zu machen, wird über kurz oder lang zum Scheitern kommen. Die Reite des Bürgerblocks wird dann nur noch stärker in Erscheinung treten.

Halt schien es, als wollte gestern die Partei der rotgezeichneten Landendmarke aus der reaktionären Front des Bürgerblocks ausbrechen. Ihr Antrag, nach dem Verlaß der ersten Sitzung zwei Stunden später die Wahl des Ministerpräsidenten erneut auf die Tagesordnung zu setzen, stellte die Deutschnationalen unter Druck. Die Partei, die mit dem größten politischen Betrag verzweifelte und radikale Kleinbürger einjog, hat gestern die Maske fallen lassen und gezeigt, daß sie bereit ist, dem Bürgerblock die Bahn zu einem verstärkten reaktionären Kurs in Sachsen freizumachen. Und obwohl die Aufwärtler noch wenige Stunden vorher an die Sozialdemokraten adressierten, man werde für Heigner stimmen, verhalf man dem Kabinett des Bürgerblocks zum Erfolg. Alle Versuche und das Liebeswerben der SPD, die politisch prinzipienlos Tausendmärtler unter ihre Fittiche zu bekommen und damit ein günstiges Uebergangsstadium zur Koalitionsregierung zu schaffen, waren erfolglos. Die Deutschnationalen gaben nach. Sie ließen ihre Erklärung, die sie noch vor dem ersten Verlaß abgegeben, im Stich und gaben trotz aller Versicherungen, daß sie, wenn keine Verminderung der Ministerien eintreten würde, nicht für den Kandidaten des Bürgerblocks stimmen würden, ihr Votum für Heldt ab, der ohne ihre Aufnahme unmöglich geworden wäre.

Den Charakter und den Stempel drücken dieser Regierung die Deutschnationalen auf. Sie haben das Leben und die Existenz dieser Regierung in den Händen. Die Front von Bethke bis Hofmann, die gestern hergestell wurde, ist die logische Konsequenz der Politik jener Leute, die noch heute an der Spitze der Arbeiterorganisationen als Agenten der Truhherren die Geschäfte der Bourgeoisie betreiben. Die stille Regierungsgemeinschaft mit den Deutschnationalen ist das folgerichtige Ende jenes Weges, der angefangen mit der Preisgabe der Arbeiterinteressen, mit der Aufgabe des Klassenkampfes, der begonnen mit Arbeitersameinigkeit, Burgfrieden und Koalitionspolitik, und der nun sein Ende findet in der offenen oder versteckten Regierungsgemeinschaft mit den argsten Feinden der Arbeiter und damit den Verrat an der Klasse der Unterdrückten festlegt.

Was wird diese Regierung bringen? Auch darüber darf und kann es keinen Zweifel geben. Das Kabinett ist der Versuch der Reaktionäre, in Sachsen die Bevölkerung, die sich zu mehr als vier Fünftel aus Lohn- und Gehaltsempfängern zusammensetzt, den Willen einer kleinen Schicht Kapitalisten aufzuzwingen, die gemeinsamen Interessen der Bourgeoisiegruppen auf Kosten der wertvollen Massen zu wahren. Diese Regierung des Bürgerblocks, die sich in den Antisozialdemokraten bei Strafe ihrer politischen Willfährigkeit Hausrecht geschaffen hat, bedeutet die Fortsetzung des reaktionären Kurses, kündigt an die weitere und verstärkte Durchführung der Rationalisierung auf

Heldt wieder Ministerpräsident

Dresden, 12. Januar 1927.

Gestern nachmittag wurde im Landtag die Wahl des Ministerpräsidenten wiederholt. Nach einem erfolgreichen Wahlgang, bei dem auf Heigner 45, auf Heldt 31 und den deutschnationalen Kandidaten Kreuz von Nidda 14 Stimmen entfielen — Auswertungsparteiler und Nationalsozialisten gaben weiße Stimmzettel ab — wurde in der zwei Stunden später einberufenen Sitzung der Kandidat des Bürgerblocks, Heldt, mit 49 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Für Heldt stimmten diesmal geschlossenen die Deutschnationalen, für Heigner nur die Kommunisten und die SPD. Das Wahlergebnis wurde auf der Tribüne mit kläglichem Pfuirufen aufgenommen. Darauf erhielt Genosse Böttcher das Wort zu einer Erklärung und begann mit den Worten: „Die Wahl des Arbeiterverrätters Heldt...“ Diese Worte wurden von den nichtbesetzten Tribünen mit für mich ein Bravo rufen begleitet. Der Präsident Schwarz ordnete darauf die Räumung der Tribünen an. Nach Wiederbeginn der Sitzung gab dann Genosse Böttcher im Auftrag der KPD-Fraktion folgende Erklärung ab:

Erklärung der KPD zur Wahl des Ministerpräsidenten.

Die Wahl des Arbeiterverrätters Heldt zum sächsischen Ministerpräsidenten ist das Ergebnis eines beispiellosen parlamentarischen Schiebergeschäfts zwischen politischen Kontraktoren der USPS und des parlamentarischen Kommiss. des Verbandes sächsischer Industrieller, der Bankiers und des sächsischen Landbundes.

In diesem Kuhhandel haben die durch Demagogie und Volksbetrug in den Landtag gekommenen Vertreter der Wirtschafts- und Aufwertungspartei sich auf Kosten ihrer Wähler beteiligt.

Die Wahl Heldts ist die folgerichtige Fortführung der von den 23 Rechtssozialdemokraten im verlassenen Landtag begonnenen und von der SPD unterstützten arbeitereindlichen Politik. Die Deutschnationalen sind Sieger auf der ganzen Linie. Die Partei, die durch den Abgeordneten Beutler im sächsischen Landtag erklärte ließ, daß der Sturz der Monarchie durch Massenmord der Arbeiter hätte verhindert werden sollen, bildet heute gemeinsam mit Schwarz-Rot-Gold eine Regierung.

Der Heldt-Bürgerblock in Sachsen soll ein Stillpunkt sein zur Sicherung der ökonomischen und politischen Vormachtstellung der Schwerindustrie im Reich.

Die Auslieferung der Polizei an die monarchistischen Offiziere, die Waffensubversivität zwischen Reichswehr und Stahlhelm, die Beseitigung des Achtstundentages, die Herabsetzung der Löhne und die rückwärtssteigende Anwendung der wahnwitzigsten Ausbeutungsmethoden im Bereiche des Verbandes sächsischer Industrieller werden noch mehr wie bisher unter dem Heldt-Bürgerblock zu Weiseln des sächsischen Proletariats werden.

Die Möglichkeit des Zustandekommens eines Bürgerblocks in dem hochindustriellen Sachsen, in dem 80 Prozent aller Einwohner Lohn- und Gehaltsempfänger sind, ist in erster Linie das Resultat der Koalitionen- und Arbeitsgemeinschaftspolitik der sozialdemokratischen Partei im Reich, in Ländern und Gemeinden. Die Koalitionspolitik hat zur Schwächung des Proletariats und zur Stärkung der Bourgeoisie geführt. Während in Sachsen die sozialdemokratischen Führer in Scheinopposition gegen die Koalitionspolitik standen, trieben sie faktisch Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie in den Gemeinden und Arbeitsgemeinschaftspolitik in den Gewerkschaften. Das Bündnis der Führer der sächsischen Sozialdemokratie mit der USPS in den Gewerkschaften gegen die Kommunisten ist ebenfalls Vorarbeit für den Bürgerblock gewesen. Nur dieses Bündnis ermöglichte die Koalition sächsischer ADGW-Führer mit den Deutschnationalen. In Sachsen schließen die Gewerkschaftsbureautanten des ADGW und die Genossenschaftsmitglieder des Berliner Parteivorstandes das feste offene parlamentarische Bündnis mit den schwarz-weiß-roten Monarchisten, mit der Deutschnationalen Volkspartei.

In der Reichspolitik unterstützen die sächsischen sozialdemokratischen Führer alle Maßnahmen des Parteivorstandes der SPD, um ihm die Durchführung seiner verbrecherischen Koalitionspolitik zu ermöglichen.

Die Bürgerblockclique in Sachsen hat sogar darauf verzichtet, ihr Reaktionsprogramm zu verheimlichen. Größere Reaktion in der Verwaltung, Justiz und Polizei, schärfere Ausbeutung aller Werttätigen, Erhöhung der Mieten und Preisgabe der gewerkschaftlichen Räume sind die Kaufsumme für den Bürgerblock. Die berüchtigte preußische Hitzefee-Berordnung soll binnen kürzester Frist in Sachsen durchgeführt werden. Das bedeutet

praktisch eine neue Senkung des Existenzminimums der heillosen Massen und ist der Ruin unzähliger kleiner Händler, Handwerker und Gewerbetreibender. Mit dem Brandmal des Verräters an der Stirn begnügt diese Regierung ihre volksfeindliche Arbeit!

Wirtschafts- und Aufwertungspartei, die sich als die Freunde des kleinen Mannes im Wahlkampf aufgespielt haben, entpuppen sich als die argsten Feinde der arbeitenden Mittelschichten, sowie der gesamten werttätigen Bevölkerung. Die Wirtschafts- und Aufwertungspartei hat ihre Wählerreden preisgegeben. Statt für die Abschaffung der Reichssteuer einzutreten, fordert sie Prozentente Mieterhöhung und entpuppt sich damit als eine volksfeindliche, die Interessen des Großkapitals vertretende Partei. Wirtschafts- und Aufwertungspartei zeigt sich als genau so knuspellose parlamentarische Clique, wie die übrigen kapitalistischen Parteigebilde. Ein Sturm der Empörung muß diese knuspellosen Claqueurpolitiker und Parteien hinwegfegen.

Die klägliche Rolle bei der Bildung des Bürgerblocks in Sachsen hat die Sozialdemokratie gespielt. Mit tönenden Phrasen und radikalen Reden hat die SPD nach den Wahlen ihr Regierungsprogramm veröffentlicht und erklärt, daß sie eine sozialdemokratische Minderheitsregierung bilden werde. Weber in öffentlichen Versammlungen, noch in den Gewerkschaften, Betrieben oder anderen Arbeiterorganisationen hat die SPD für den Kampf um die Durchführung ihrer völlig unzureichenden Forderungen auch nur einen Finger gerührt. Die Aufforderungen der kommunistischen Partei zum gemeinsamen Kampf gegen den Bürgerblock und für die Landtagsauflösung hat die SPD unter den fadenheimgelichten Gründen abgelehnt.

Zur gleichen Zeit, da in Sachsen die Bourgeoisie sichergestellt für das Zustandekommen des Bürgerblocks rüstete, lenkte die sozialdemokratischen Führer die Aufmerksamkeit der Arbeiter nicht etwa auf die Bürgerblocksvorbereitungen, sondern sie trieben eine infame und niederträchtige Hege gegen die kommunistische Partei und die Sowjetunion. Statt mit den Kommunisten die Einheitsfront im Kampfe gegen den Bürgerblock herzustellen, spalteten und schwächten die sozialdemokratischen Führer die sächsische Arbeiterschaft.

Die kommunistische Partei stellt vor der gesamten Arbeiterschaft die Mitschuld der Sozialdemokratie am Zustandekommen des Bürgerblocks fest. Die kommunistische Partei stellt fest, daß die sozialdemokratische Führerschaft alle Vorschläge der Kommunisten, die geeignet waren, die proletarischen Massen gegen den Bürgerblock und für die Auflösung des Landtages zu mobilisieren, höhnisch abgelehnt hat.

Die Sozialdemokratische Partei hat nicht nur diese Vorschläge der Kommunisten abgelehnt, sondern sie hat auch nicht getan, um die Massen des Proletariats für ihre eigenen Vorschläge, die im Programm vom 17. November niedergelegt sind, zu mobilisieren.

Die kommunistische Partei wendet sich an die sozialdemokratischen Arbeiter mit der Aufforderung, jetzt die gemeinsame Kampffront aller Werttätigen auch gegen den Willen ihrer Führer zu bilden.

Die KPD fordert alle Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden auf, in den härtesten Kampf gegen die Bürgerblock-Regierung einzutreten. Die Parole aller Ausgebeuteten lautet:

**Hinweg mit der Bürgerblock-Regierung!
Auflösung des Landtages!
Proletarische Einheitsfront für ein rotes Sachsen!**

allen Gebieten und den Versuch reaktionärer Restauration mit allen Mitteln. Die Kosten sollen die Arbeiter und die gesamte werttätige Bevölkerung bezahlen.

Die Schuld an dem Zustandekommen dieser Regierung des Bürgerblocks tragen die sozialdemokratischen Führer. Nicht nur, daß sie keinerlei Anstrengungen gemacht haben, diese Regierung des Bürgerblocks zu verhindern, nicht nur, daß alle Vorschläge der Kommunisten zur außerparlamentarischen Mobilisierung der Massen gegen den Bürgerblock und für die Auflösung des Landtages von ihnen abgelehnt wurden, die SPD hat den Vortritt der sächsischen Reaktionäre durch eine maßlose Hege gegen die KPD und die Sowjetunion erleichtert und damit praktisch unterstützt. Offen und geheim haben die sächsischen SPD-Führer für die Große Koalition

Stimmung gemacht. Der Parteivorstand hat offen seine Sympathie für die Haltung der USPS zum Ausdruck gebracht und durch die Veröffentlichung des Artikels Graubauer's zu erkennen gegeben, daß er die Haltung der Genossenschaft des Bürgerblocks billigt. Die Koalitions-politiker der SPD im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden hat die Position der Arbeiter geschwächt, die Front der Feinde gefestigt. In den Organisationen der Arbeiter, insbesondere in den Gewerkschaften, waren es die sozialdemokratischen Führer, die es den Renegaten der USPS gestatteten, ihr verbrecherisches Spiel fortzusetzen. Jeder Kampf der Arbeiter gegen die antisozialdemokratischen Renegaten wurde nicht nur sabotiert, sondern verhindert. Daß die sozialdemokratischen Führer nicht daran denken, erschafft den Kampf gegen die Regierung des Bürger-